

Zeitschrift: Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendant pour les logisticiens

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 73 (2000)

Heft: 7

Rubrik: Panorama

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

PERSONEN

Marco G. Sieber

f.e. Der Generalstabschef der Schweizer Armee Korpskommandant Hans-Ulrich Scherrer hat Marco G. Sieber, lic. phil. I, 1957, zum neuen Chef Zentrale Dienste im Generalstab gewählt. Sieber bekleidet die Stelle bereits seit November 1999. Zuvor war er als Ausbildungsverantwortlicher einer Grossbank tätig und ab 1996 hatte er den Posten des Chefs der Stabsstelle Management Development im Generalstab inne.

Ablösung an der Spitze des GICHD

th. w. An der Spitze des Genfer Internationalen Zentrums für Humanitäre Minenräumung (GICHD) löst Cornelio Sommaruga den bisherigen Präsidenten des Stiftungsrates alt Bundesrat René Felber ab. Gleichzeitig ersetzt Botschafter Martin Dahinden den bisherigen Direktor des Zentrums Botschafter François Godet, der künftig am Aufbau des Genfer Zentrums für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte mitwirken wird.

Rolf Stäuble

-r. Der 41-jährige Rolf Stäuble von Laufenburg AG wurde vom Regierungsrat zum neuen Kreiskommandanten gewählt und zum künftigen stellvertretenden Chef der per 1. Januar 2001 neuen Abteilung «Militär- und Bevölkerungsschutz» des Kantons Aargau.

Im Militär bekleidete Stäuble die Funktion des Nachrichtenoffiziers (Major) im Stab Inf Rgt 23. Ab 1. Januar 2000 ist er C Ter D im Stab F Div 5.

PANORAMA

Armee XXI	2
Gastporträt	3
Aktuell	5
Hintergrund	6
Schweiz	8
Im Blickpunkt	9

Die politischen Leitlinien zum Armeeleitbild XXI

Am 31. Mai hat der Bundesrat den politischen Leitlinien zum Armeeleitbild XXI zugestimmt und für wichtige Elemente der Armee XXI Bandbreiten festgelegt. Die politischen Leitlinien sind der Rahmen für das Armeeleitbild XXI und ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Schaffung der Armee XXI.

VON OBERST ROLAND HAUDENSCHILD

Die Schweiz benötigt im Heissen Frieden des 21. Jahrhunderts weiterhin eine Armee als Garant für Sicherheit und Frieden als verfassungsmässiges Machtmittel und als demokratisch legitimierte, politisch kontrollierte Institution. Nach den Erfahrungen mit der Übergangs-Armee 95 ist eine neue Armee reform unbestritten. Die Armee muss umgebaut und modernisiert, nicht nur wie die Armee 95 fortgeschrieben werden. Im Frühjahr 2000 hat die Diskussion um das Projekt Armee XXI erst richtig angefangen. Im Vordergrund stehen die Strukturen und das Dienstleistungssystem, daneben Fragen der Revision des Militärgesetzes. Auch Fragen wie «Was bringt die Armee XXI der Bevölkerung?» oder «Wieviel kostet die Armee XXI?» müssen glaubhaft beantwortet werden.

Grundlagen und Rahmen

Den Rahmen für die Armee XXI bildet die Bundesverfassung vom 18. April 1999, in Kraft seit dem 1. Januar 2000. «Die Schweiz hat eine Armee. Diese ist grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert» (Bundesverfassung, Artikel 58, Absatz 1).

Sicherheitspolitische Grundlage ist der Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) vom 7. Juni 1999 und daraus abgeleitet die Politischen Leitlinien des Bundesrates zum Armeeleitbild XXI. Die Schweiz bleibt neutral aber die Sicherheitspolitik wird wenn nötig angepasst.

In der schweizerischen Sicherheitsstrategie setzt der Bundesrat drei Schwergewichte:

- Krisen- und Gewaltprävention

mit allen verfügbaren Mitteln. Mitwirkung an UNO- und OSZE-Operationen und -Aktivitäten.

- Selbstbehauptung. Verteidigung von Land und Bevölkerung.
- Innere Sicherheit und Stabilität. Sicherheitskooperation aller nationalen Mittel und Organisationen. Die Innere Sicherheit ist primär Sache der zivilen Behörden; die Armee kann subsidiäre Beiträge leisten.

Die bisherige Dissuasionsstrategie der Armee wandelt sich zur neuen Mehrfachstrategie der Kooperationsfähigkeit. Die Konsequenzen für die Armee sind:

- Hohe Eigenleistung = Glaubwürdigkeit in militärischer Ausbildung und Rüstung.
- Flexibilität = Abgestufte Bereitschaft.
- Multifunktionalität = Konsequenz aus den drei Armeeaufträgen; Spezialisierung von Einheiten und Truppenkörpern.
- Kooperationsfähigkeit = Fähigkeit zur Zusammenarbeit im In- und Ausland.

Das Milizsystem und die Militärdienstpflicht bleiben erhalten. Zu den verfassungswesentlichen Merkmalen des schweizerischen Milizsystems gehören

- das Verbot einer Berufsarmee,
- die allgemeine Wehrpflicht und
- die Führung der militärischen Formationen durch Milizkader.

(Vgl. Dietrich Schindler, Verfassungsrechtliche Schranken für das Projekt «Armee XXI». Gutachten zu Händen des Eidg. Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, vom 14. April 1999, Seite 12).

Die Vorteile der Miliz liegen auf der Hand:

- Ausnützung des Bevölkerungspotenzials.
- Einbringung ziviler Kenntnisse und Fähigkeiten.
- Stärkung des Gemeinschaftszusammenhangs.

Der Nachteil der Miliz ist ihre eingeschränkte Verfügbarkeit.

Auch in der Armee XXI soll der Milizanteil prozentual hoch bleiben. Die Kantone sollen in die Mitverantwortung einbezogen werden, wobei Art und Umfang im Rahmen des Armeeleitbildes festgelegt wird. Auch kantonale Truppen wird es weiterhin geben. Die Kantone tragen bei subsidiären Einsätzen die Gesamtverantwortung. Bezüglich Verwaltung wird die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen überprüft. Ferner ist die Armee auf die Benutzung von Anlagen der kantonalen Infrastruktur nach wie vor angewiesen.

Militärdienstpflicht

Das Dienstpflichtsystem umfasst in der Armee 95 eine Dienstpflicht bis zum 42. Altersjahr (für Soldaten bis Hauptleute) und bis zum 52. Altersjahr (für Hauptleute mit Spezialfunktion und Stabsoffiziere). In der Armee XXI soll die Dienstpflicht bis zum 30. bis 32. Altersjahr dauern; bei Unteroffizieren und Offizieren wird eine obere Altersgrenze festgelegt.

Für Soldaten beträgt die Militärdienstpflicht 270 bis 300 Tage; eine Variante mit 250 Diensttagen soll untersucht werden. Nach einer Rekrutenschule leistet das Gros der Soldaten und Unteroffiziere noch mehrere Wiederholungskurse im Ein-Jahres-Rhythmus.

Die Rekrutierung für die Armee und den Bevölkerungsschutz erfolgt gemeinsam; eine Wahlfreiheit besteht jedoch nicht, die Armee hat Vorrang. Für Frauen bleibt die Dienstpflicht freiwillig.

Für die Mannschaft soll mittels neuen Gradstrukturen die Attraktivität und Motivation erhöht werden. Die Verpflichtung zur Funktionsübernahme bleibt weiterhin bestehen.

Der Aufbau der Kaderlaufbahn soll nach folgenden Grundsätzen erfolgen:

- minimal 3 bis 4 Funktionsjahre,
- zirka 20 bis 25 Diensttage pro Jahr (ohne Grundausbildungsdienst),
- Ausbildungsdienste sind vor der Funktionsübernahme zu leisten,
- flexiblere Durchlässigkeit für höhere Unteroffiziere in die Offizierslaufbahn,
- Kompatibilität / Durchlässigkeit zwischen Miliz- und Berufspersonallaufbahn.

Das Berufspersonal soll aus 5000 bis maximal 8000 Berufs- und Zeitsoldaten bestehen. Für die Armee XXI sind die Berufsmilitär von entscheidender Bedeutung. Mit befristeter Vertragsdauer angestelltes Personal sind die Zeitsoldaten, welche insbesondere in der Ausbildung tätig sind.

Wer seine Militärdienstpflicht als Milizsoldat an einem Stück absolviert gilt als Durchdiener. Mit Durchdienern werden subsidiäre Einsätze der Armee erleichtert, indem nicht auf WK-Truppen zurückgegriffen werden muss und das Ausbildungsniveau in den Schulen steigt.

In einem Rekrutenjahrgang ist ein Anteil von zirka 20% als Durchdiener (zirka 4000) vorgesehen.

Militärstrategie und Armeeaufträge

Durch die veränderte Bedrohungslage und verschiedene Entwicklungen werden in Zukunft die Streitkräfte kleiner und professioneller. Deshalb muss sich die Armee XXI strategisch neu ausrichten, das heisst zu einem multifunktionalen und kooperationsfähigen Instrument zur Verteidigung, Krisenbewältigung

und ziviler Unterstützung. Die Armee XXI muss sowohl im Inwie auch im Ausland kooperieren können; dazu ist Interoperabilität erforderlich, die das Zusammenwirken von Eigen- und Fremdleistung ermöglicht.

Mit der abgestuften Bereitschaft ist es möglich lage- und zeitgerecht Verbände einzusetzen:

- Sofort: Bereitschaftsverbände mit Durchdienern und Berufspersonal.
- Kurz- und mittelfristig: Bereitschaftsverbände und WK-Truppen.
- Langfristig: Gros der Armee (inklusive Reserven).

Die frühere eindimensionale Bedrohung hat sich zu einem mehrdimensionalen Gefahren- und Risikopotenzial gewandelt. Zu einer autonomen Verteidigung braucht eine Milizarmee mehr Truppen als eine Berufsarmee.

Gemäss Bundesverfassung und SIPOL B 2000 muss die Armee drei Aufträge (Verteidigung, Existenzsicherung und Friedensunterstützung) gleichzeitig erfüllen.

Die heutige sicherheitspolitische Lage erfordert den Ausbau von Friedensunterstützung und Existenzsicherung, wie auch den Umbau der Verteidigungskomponente. Kurzfristig ist eine hohe Einsatzbereitschaft wahrscheinlich (Friedensunterstützung und Existenzsicherung), mittelfristig eine tiefere Bereitschaft für weniger wahrscheinlichere Einsätze (Verteidigung).

Demnach braucht die Armee mehr Personal für kurz- und mittelfristige Einsätze (Durchdiener und Berufs- und Zeitsoldaten), ihr Gesamtbestand kann aber reduziert werden.

Von Interesse sind Überlegungen zu den Strukturen und Beständen der Armee XXI, die über das Folgende verfügen soll:

- Den Kern einer Verteidigungsarmee, das heisst ein Heer mit Truppen zur Bildung von 6 bis 8 Kampfbrigaden sowie Kampfunterstützungs- und Logistikverbänden; eine Luftwaffe

Bundesminister Herbert Scheibner im A-Log-Gastporträt



Bundesminister Herbert Scheibner und der Militärkommandant von Kärnten Divisionär Gerd Ebner (links) bei einer militärischen Übung. Bild: HBF Wien

Ein Bundesheer-Unteroffizier der Miliz als Verteidigungsminister

Aus der Antrittsrede des österreichischen Bundesministers Herbert Scheibner am vergangenen 4. Februar: «Als Wachmeister der Miliz melde ich mich heute zum Dienst als Bundesminister für Landesverteidigung. Ich sehe diese Funktion als grosse Ehre und als Dienst für das Heer, für die österreichische Sicherheit und für die österreichische Bevölkerung. (...) Und ich weiss aus meiner Funktion als Milizsoldat, dass es wichtig ist, dass man dem Soldaten, vom Rekruten über die Chargen bis zum Unteroffizier und Offizier, das Gefühl geben muss, dass hinter ihm – ja in Wahrheit vor ihm – jemand steht, auf den er sich verlassen kann, auf den er vertrauen kann und mit dem er die wichtigen Aufgaben erfüllen kann! (...) Als Bundesminister bin ich ihr Vorgesetzter und werde ihnen immer vorangehen. Als Soldat des österreichischen Bundesheeres – ich bin stolz darauf, die Uniform dieses Landes und dieses Heeres zu tragen – bin ich ihr Kamerad, und das möchte ich auch bleiben.»

Geburtsdatum	23. April 1963
Zivilstand	verheiratet, zwei Kinder
Schulische Ausbildung	1969 - 1973 Volksschule 1973 - 1982 Naturwissenschaftliches Realgymnasium (1982 Matura) Studium der Rechtswissenschaften und Betriebswirtschaftslehre an der Universität und Wirtschaftsuniversität Wien
Beruflicher Werdegang	1987 - 1988 Freiberuflicher Versicherungsmakler 1988 - 1989 Schulungsreferent und Büroleiter im Generalsekretariat der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) ab 1994 Geschäftsführer der Freiheitlichen Akademie
Militärischer Werdegang	1993 Ordentlicher Präsenzdienst beim Militärkommando Wien 1996 - 1999 Miliz-Unteroffiziersausbildung als Wachmeister Einteilung Kommandogruppenkommandant einer Jägerkompanie im Jäger-Bataillon 5 des Jägerregiments Wien

Zusammengestellt von Oberst Heinrich Wirz, Militärpublizist. – **Quellen:** «Der Soldat – Die unabhängige Soldatenzeitung Österreichs» vom 9. und 23. Februar 2000. «Truppendienst – Zeitschrift für Führung und Ausbildung im Österreichischen Bundesheer» 2/2000.

- mit luft- und bodengestützten Waffensystemen.
- Einen Bestand von rund 100 000 bis 120 000 aktiven Armeeangehörigen, bestehend aus WK-Pflichtigen, dem RS-Jahrgang, den Durchdienern und dem Berufspersonal. Der Bestand erklärt sich aus den rund 35 000 Stellungspflichtigen pro Jahr, wovon zirka 20 000 die Rekrutenschule bedienend und dann in Verbände eingeteilt werden.

Das Dienstpflichtalter wird bei 30 bis 32 Jahren festgelegt. Nach der Rekrutenschule hat das Gros der Armeeangehörigen (80%) mehrere in der Regel jährliche Wiederholungskurse zu leisten. Bis zum Ende der Militärdienstpflicht verbleiben sie anschliessend in der Reserve, deren Bestand noch nicht festgelegt ist (Bandbreite von 0 bis 80 000 Armeeangehörige).

Die Armee XXI hat folgende Aufträge:

- Raumsicherung und Verteidigung (Dynamische Raumverteidigung).
- Subsidiäre Einsätze zur Prävention und Bewältigung existenzieller Gefahren (Innere Sicherheit, militärische Katastrophenhilfe im In- und Ausland etc.).
- Internationale Krisenbewältigung und Friedensunterstützung. Auslandseinsätze von Schweizer Truppen im Rahmen von friedensunterstützenden Operationen der UNO und der OSZE.

Führung und Ausbildung

Es ist eine permanente Führungsbereitschaft sicherzustellen. Die kleinere Armee braucht effizientere und flexiblere Führungsprozesse wie auch eine Reduktion der Führungsebenen.

Die Armee XXI verzichtet auf die Führungsebenen Armeekorps und Regiment; geführt wird auf der Ebene Armee (Division), Brigade und Bataillon/Abteilung. Geprüft werden auch Varianten mit zwei oder drei Teilstreitkräften.

Ab Juni 2000 beginnt die Erarbeitung des Armeeleitbildes XXI, welches im Januar 2001 in die Vernehmlassung gehen soll. Im Juni 2001 will der Bundesrat das Armeeleitbild zu Händen des Parlaments verabschieden und ab 2003 beginnt die Umsetzung der Armee XXI mit minimal 100 000 und maximal 200 000 Angehörigen.

Die Armee soll modular aufgebaut werden (Bataillone/Abteilungen), die für Einsätze unter Einsatzstäben zu Kampfgruppen, allenfalls zu Brigaden zusammengestellt werden. In der Führung werden die militärstrategische, operative und taktische Stufe unterschieden.

Die Einsatzbereitschaft ist das Ziel der militärischen Ausbildung. Die Ausbildungskonzeption enthält folgende Elemente:

- Die Rekrutenschule wird auf 5 bis 6 Monate verlängert und beginnt mehrmals jährlich; sie gliedert sich in die allgemeine Grundausbildung (AGA), die funktionsbezogene Grundausbildung (FGA) und die Verbandsausbildung (VBA).
- Das Ziel der Rekrutenschule ist die Einsatzfähigkeit der verstärkten Einheit beziehungsweise des Bataillons / der Abteilung. Die Ausbildung einer Truppengattung erfolgt im entsprechenden Lehrverband.
- Die Kaderausbildung wird primär auf die (Einsatz-) Führung ausgerichtet.
- Grundsätzlich wird der Einjahresrhythmus der Wiederholungskurse eingeführt.
- In den Wiederholungskursen wird vorwiegend der Verband trainiert.
- Die Integration der Kommunikations- und Informationstechnologie wird verstärkt.

Logistik und Finanzen

Die militärische Logistik nimmt jene Kernfähigkeiten wahr, welche im Einsatz nicht von zivilen Leistungserbringern wahrgenommen werden können. Für gewisse Bereiche wird es unumgänglich sein, zivile Unternehmen vertraglich zu verpflichten, militärisch-logistische Leistungen

bereit zu halten sowie lage- und zeitgerecht zu erbringen. Die Kantone sind Logistikpartner des Bundes und der Truppe.

Leitlinien zur Neukonzeption der Logistik:

- Die Kooperationsfähigkeit erfordert interoperable logistische Grundsätze.
- Das bisherige Holprinzip wird durch eine bedarfsorientierte Bringversorgung ersetzt.
- Die Teilstreitkräfte und die Einsatzstreitkräfte brauchen eigene logistische Elemente; die Armee braucht eine gemeinsame logistische Basis.
- Die zeitverzugslose logistische Planung und Führung erfordert moderne Führungs- und Informationssysteme.
- Planungs- und Führungsprozesse der Logistik: Es müssen gleiche Grundsätze gelten und es darf kein Wechsel der Verantwortlichkeiten stattfinden.
- Die Kantone, das Gewerbe und die Industrie müssen als Partner der militärischen Logistik einbezogen werden.
- Militärökonomische Grundsätze sind zur Steuerung der Logi-

stik anzuwenden; dadurch erhöht sich die Effizienz.

- Die logistische Machbarkeit ist armeeweit nach einheitlichen Grundsätzen zu regeln.
- Die Festlegung der Instandhaltung durch die Armeelogistik oder durch Externe ist bei der Beschaffung zu regeln.

Darf die Armee XXI mehr kosten als die bisherige Armee 95? Die Bundesausgaben für die militärische Landesverteidigung beliefen sich 1999 auf 4,9 Milliarden Franken; im Voranschlag 2000 sind im Budget des Eidg. Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), Teil militärische Landesverteidigung 4,886 Milliarden Franken vorgesehen. Der Ausgabenplanfond des VBS für Militärausgaben von 1999 bis 2001 beträgt 12,9 Milliarden Franken, das heisst 4,3 Milliarden Franken jährlich. Die Finanzplanzahlen für die Jahre 2001 bis 2004 lauten 4,1 Milliarden Franken (2001), 4,2 Milliarden Franken (2002), 4,3 Milliarden Franken (2003) und 4,4 Milliarden Franken (2004). Der Bundesrat glaubt, dass die Armee XXI insgesamt nicht billiger werden wird.

Kann jedoch, bei einer drastisch verkleinerten Armee XXI, der heutige Personalbestand der Militärverwaltung des Bundes um ein Drittel reduziert werden, brauchen die Militärausgaben nicht erhöht zu werden; einer Abnahme der laufenden Ausgaben stünden erhöhte Investitionsausgaben gegenüber.

Die Arbeitsgemeinschaft Uof A XXI lädt zu Orientierungsabenden ein

-r. Die Arbeitsgemeinschaft Uof A XXI (SFV, SFwV, VSMK, SUOV, Vdl) lädt alle interessierten Kreise ein zu einem öffentlichen Orientierungsabend. Kompetente Redner stellen die Visionen zum Thema Unteroffizier in der Armee XXI vor. Im Anschluss besteht die Gelegenheit Fragen zu stellen.

17. August	Bern	d	General-Guisan-Kaserne; Theoriesaal 22
22. August	Lausanne	f	Académie militaire (BAP)
24. August	Gossau	d	Kaserne Neuchlen; Filmsaal
29. August	Aarau	d	Kaserne; Filmsaal
31. August	Fribourg	f	Caserne La Poya, Filmsaal
5. September	Kriens	d	TTZ
7. September	Kloten	d	Kaserne, Filmsaal

jeweils mit Beginn um 19.00 Uhr und dauert bis 21 Uhr!

Schweizer Wehrtechnik-Industrie wohin?

«Symposium 2000» von STA und Swissmem in Interlaken

VON OBERST HEINRICH WIRZ

Die Schweizerische Gesellschaft für Technik und Armee (STA) und Swissmem führten am 24. und 25. Mai in Interlaken eine Tagung über die künftige Entwicklung der europäischen Wehrtechnik-Industrie und -technologie sowie ihre Auswirkungen auf die einheimische Rüstungspolitik durch. Rund 170 Schlüsselpersonen aus Wirtschaft, Verwaltung und Armee nahmen teil. Der ehemalige Generalstabschef der Schweizer Armee Korpskommandant Arthur Liener zog die Schlussfolgerungen aus der Tagung. Die wesentlichen sind: Planungssicherheit und Stetigkeit in den Beschaffungen von Rüstungsgütern, Erhalt einschlägigen Fachwissens im eigenen Lande und Möglichkeiten zur Ausfuhr von Wehrtechnik-Material.

Namhafte Redner aus dem Inland (Verteidigungsdepartement, Armee, Industrie) beleuchteten die Rüstungsbedürfnisse der geplanten «Armee XXI», den dafür notwendigen Erhalt des wehrtechnischen Sachverständnisses in der Schweiz, die Auswirkungen einer europäischen Rüstungspolitik auf die Schweiz und die Überlebenschancen nationaler Wehrtechnik-Unternehmen in einem europäischen Rüstungsverbund. Die ausländischen Referenten aus Deutschland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, den Niederlande und den USA behandelten die veränderte Lage im strategischen Umfeld und der schrumpfenden Wehrtechnik-Märkte, die Auswirkungen einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik, die Konkurrenz durch die amerikanischen Grossbetriebe sowie die

Rüstungszusammenarbeit zwischen den USA und Europa.

Wer sind die Veranstalter?

Die Schweizerische Gesellschaft Technik und Armee (STA) ist ein Verein von rund 250 Personen aus Industrie, Verwaltung, Armee und Dachverbänden. Die STA berät und unterstützt ihre Mitglieder in der Entwicklung und Beschaffung von Wehrtechnik-Material und trägt zur Vertiefung der entsprechenden wissenschaftlichen und technischen Grundlagen bei. Die STA ist Mitglied der «European Federation of Defence Technology Association

(EDA)». – Unter dem Namen Swissmem vertreten der Arbeitgeberverband der Schweizer Maschinenindustrie (ASM) und der Verein Schweizer Maschinenindustrieller (VSM) der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie die wirtschaftspolitischen Bestrebungen von annähernd 1000 Mitgliedfirmen. Die MEM-Industrie ist mit rund 325 000 Beschäftigten die weitaus grösste Arbeitgeberin und erbringt mit 52 Milliarden Franken (1999) über 43 Prozent der gesamten schweizerischen Güterausfuhr. Die Fachgruppe Wehrtechnik der Swissmem umfasst zirka 50 Mitglieder.

Abstimmung über Umverteilungsinitiative schafft Klarheit

Die Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee (AWM) fordert eine rasche Abstimmung über die Umverteilungsinitiative noch in diesem Jahr. Das Schweizer Volk kann somit letztinstanzlich an der Urne erklären, dass es bereit ist, für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik einen angemessenen Preis zu bezahlen. Die wilden Spekulationen über Bestand und Ausrüstung der Armee greifen einer seriösen Armeeplanung vor und dienen nur den Armeeabschaffern und ihrer Umverteilungsinitiative

VON ANDREAS RICHNER

Die Umverteilungsinitiative strebt eine willkürliche Begrenzung der Kosten der schweizerischen Landesverteidigung auf unverantwortlich tiefem Niveau in der Bundesverfassung an. Die Initianten nützen angesichts der geringen Chance ihres radikalen Ansinnens seit Wochen jede propagandistische Möglichkeit, die Sicherheitspolitik und die Armee in den Schlagzeilen zu verunglimpfen.

Nach der inszenierten Aufregung über den seit Jahren angekündigten und von Sachverständigen unbestrittenen Ersatz 40 Jahre alter Schützenpanzer unterstreicht der öffentliche Streit um den Bestand der künftigen Armee XXI die Dringlichkeit des Volksentscheids. Die Abstimmung über

die Umverteilungsinitiative wird klärend aufzeigen, dass die Schweiz bereit ist für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik auch in Zukunft die nötigen Mittel bereit zu stellen.

Die AWM ist von der Ablehnung der Initiative überzeugt. Das Schweizer Volk hat in den letzten Abstimmungen über die Armee, die Flugzeugbeschaffung und die Kriegsmaterialausfuhr deutlich gemacht, dass es zu seiner Milizarmee steht. Die in der AWM zusammengeschlossenen gesamtschweizerisch wirkenden rund 30 sicherheitspolitisch interessierten Organisationen und Verbände rufen deshalb die Bundesbehörden auf, mit einer baldigen Abstimmung über die Umverteilungsinitiative die nötigen Pfähle für die Planung der Armee XXI rasch einzuschlagen.

NACHRICHTEN

Offiziere für 300 Dienstage

-r./sz. Wie die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) an ihrer Delegiertenversammlung vom 17. Juni in Freiburg bekannt gab, hält sie an einer Militärdienstdauer von 300 Tagen fest.

Die SOG will sich stärker in die Reformdiskussion um die Armee XXI einschalten und setzt dafür demnächst fünf Arbeitsgruppen ein. Die Debatte um die Armee reform verlaufe unbefriedigend, sie drehe sich noch viel zu sehr um zahlenmässige Grössen wie die Bestände, sagte SOG-Zentralpräsident Ulrich Siegrist. Zudem erwähnte er, dass die Information der schwierigste Teil der Armee reform sei und gleichzeitig warnte Siegrist vor Extremen wie «Maulkorbmethode und Je-ka-mi».

Bosnien-Einsatz bald zu Ende

-r. Wie die «Sonntags-Zeitung» berichtet, geht der Einsatz der 50 Schweizer Gelbmützen in Bosnien im Dezember zu Ende. Der Vorsteher des VBS Bundespräsident Adolf Ogi werde dem Bundesrat einen entsprechenden Antrag stellen. Ob die Schweizer gesamthaft oder gestaffelt abgezogen würden, ist laut Ogi «derzeit noch nicht entschieden».

Die Gelbmützen sind seit 1996 zur logistischen Unterstützung der OSZE-Mission in Bosnien im Einsatz.

INFO-THEK

Informationsbeauftragter STA:

Urs Peter Stebler, 2512 Tüscherz-Alferrmée, Telefon/Telefax 032 323 15 19, Mobiltelefon 079 301 72 77.

Kontaktperson Swissmem:

Hans-Peter Finger, Kirchenweg 4, 8032 Zürich, Telefon 01 384 41 11, Telefax 01 384 48 49, Internet www.swissmem.ch

SICHERHEIT LA SECURITE SICUREZZA

I don't risk it

Unfallverhütung in der Armee
Prévention des accidents dans l'armée
Prevenzione d'infortuni nell'esercito

Nichts vergessen und nichts dazugelernt: Russlands Schreckensarbeit in Tschetschenien

Es war der russische Aussenminister Andrej Kosyrew, der als erster auf die Gefahr einer rot-braunen Revanche in Russland hingewiesen hatte. In einer Ende 1992 vorgebrachten Rede, die bewusst angelegt war, die Weltöffentlichkeit aufzurütteln, schockierte er seine in Stockholm versammelten Amtskollegen mit dem Hinweis auf die «asiatischen Traditionen» Russlands, die einer Annäherung an den Westen enge Grenzen setzten. Die in der KSZE-Schlussakte verankerten Menschen und Bürgerrechte könnten für das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion keine Gültigkeit beanspruchen. Es handle sich vielmehr um einen «postimperialen Raum», in dem Russland seine Interessen mit allen Mitteln – auch militärischen – verteidigen müsse.

Heute macht das kleine Häuflein der russischen Bürgerrechtler Fremdenfeindlichkeit, Kolonialgesinnung und imperialistisches Grossmachtgehebe für die Schrecken des zweiten Tschetschenienkrieges verantwortlich. «Die Manipulation der öffentlichen Meinung und die Unterdrückung der Andersdenkenden im Staatsfernsehen werfen uns in die Vor-Perestroikazeit zurück und machen den Weg frei für den Faschismus», warnte Emil Pain in der liberalen Wochenzeitung «Moskowskije Nowosti».

Präsident Putin auf patriotischer Welle

Boris Jelzin hatte wohl nicht mehr die Kraft und auch nicht den Willen, sich der «patriotischen Welle» entgegenzustemmen. Sein Nachfolger Wladimir Putin macht keinen Hehl aus seiner Absicht, mit der Armee als Ordnungsmacht und Russland als Ordnungsmacht den russischen Verfall der staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen aufzuhalten und dem Land wieder eine Grossmachtsperspektive zu geben. In Tschetschenien versucht der hochambitionierte Machtmensch, Russland mit Hilfe einer «unheiligen Allianz» von Militär, Geheimpolizei und Rüstungsbaronen – der «Koali-

tion der Verlierer» – wieder in die «gute alte Zeit» des einigen und ungeteilten Vaterlandes zurückzubomben.

Noch zu Weihnachten versicherte Putin. «Wir kämpfen nicht gegen das tschetschenische Volk. Wir schalten nur die Stützpunkte und Gruppen des internationalen Terrorismus aus!» Sein Aussenminister Igor Iwanow versicherte den Europa-Parlamentariern kaltschnäuzig: «Russland verteidigt die Grenzen Europas gegen den barbarischen Angriff des internationalen Terrorismus, der sich von Afghanistan über Zentralasien bis in den Kaukasus hinzieht.»

Ad usum Delphini, für den innerrussischen Hausgebrauch hört sich das freilich anders an. Da beschwört Putin den «drohenden Zerfall» Russlands, den es mit Hilfe der Armee aufzuhalten gelte. Doch dieser Kampf ist in Wahrheit eine militärische Straf- und Plünder-Expedition. Welcher Methoden sich dabei die russischen «Ordnungskräfte» bedienen hat der OSZE-Beobachter Oberstleutnant Jürgen Heiducoff am Beispiel des ersten Tschetschenienkrieges beschrieben: «Es waren unter anderem systematische Feldzüge gegen die Zivilbevölkerung und damit grobe Verstösse gegen das Kriegs- und Völkerrecht sowie gegen die Menschenrechte. Armee und Luftwaffe Moskau haben nie zwischen Russen und Tschetschenen oder anderen Völkern unterschieden als sie gezielt Städte

und Dörfer mit Bomben und Raketen belegten. Es ging darum, durch Psychoterror die gesamte multinationale Bevölkerung Tschetscheniens an einer Unterstützung der Rebellen zu hindern.»

Einer der damaligen Anführer der Tschetschenen, der Feldkommandant Schamil Basajew, hat auf die wahren Gründe des Konflikts im Kaukasus hingewiesen. Bei den Kämpfen um seine Heimatstadt Gudermes waren nicht nur seine Frau und acht Familienangehörige ums Leben gekommen. Er selbst wurde durch diesen Schicksalsschlag erst zum gläubigen Muslim. In einem Zeitungsinterview sagte er: «Heute erhebt sich ein grosses Geschrei, dass es in diesem Krieg um Öl und die Ölmafia gegangen sei, nur um ja nicht zugeben zu müssen, dass es sich um einen nationalen Befreiungskrieg gehandelt hat. Unsere Wirtschaft war schon 1994 auf dem Wege zu einem Aufschwung. Der ganze Nordkaukasus kaufte bei uns ein. Man kam auf unsere Basare mit ganzen Autokolonnen, so dass wir zu ihrem Schutz sogar zwei Bataillone abstellen mussten. Die Inflation ging zurück. Für den Januar hatten wir die Ausgabe einer eigenen Währung und eigener Pässe vorgesehen. Das alles war ein Grund um den Krieg anzufangen.»

Mittelfristig droht ein grosser Kaukasuskrieg

Heute hat die Flamme des Aufruhrs den ganzen nördlichen Kaukasus erfasst. Vom Asowschen Meer bis Daghestan erheben sich islamische Fundamentalisten gegen die russische Oberherrschaft. Allein im Kaukasus hat der russische General Alexander Lebed, der den Waffenstillstand im ersten Tschetschenienkrieg vermittelte, dreissig Grenz- und Territorialkonflikte ausgemacht – ein hochexplosiver Krisenherd mit der durchaus realen Perspektive eines «Grossen Kaukasischen Krieges».

Und wieder reagiert Moskau mit Flächenbombardements gegen zivile Ziele. Mit ihren weitrtragenden Geschützen, Kampfhubschraubern und Raketenwerfern, die in zwanzig Sekunden vierzig Geschosse abfeuern und auf einer Fläche von vierzehn Hektar alles Leben vernichten können, mit fünfhundert Kilogramm schweren Vakuumbomben, die den Menschen buchstäblich die Luft aus den Lungen fetzen, bekämpft die russische Armee die «Terroristen» aus der Ferne. Dann dringen schwarzmaskeierte Männer der gefürchteten Sonderpolizei «Omon» in die von den «Terroristen» längst verlassenen Dörfer und «säubern» sie Haus für Haus. Oft werfen sie zuerst Handgranaten in die Keller, in die sich die Zivilbevölkerung vor den Dauerbombardements verkrochen hat und schauen erst hinterher nach, ob es Überlebende gibt. Männer über sechzehn Jahre werden in «Filtrierlager» – tatsächlich Konzentrationslager abgeführt, geschlagen, gefoltert und nicht selten an Ort und Stelle exekutiert.

Vorsichtige Hinweise auf äusserste Brutalität und eine entfesselte Soldateska

Ein riesiger Flüchtlingsstrom wälzt sich durch das Land. Lydia Grafowa vom russischen «Komitee der Soldatenmütter» berichtet: «In Inguschetien gibt es sieben Lager mit etwa 15 000 Flüchtlingen. Die übrigen 155 000 sind privat untergekommen. Flüchtlinge hausen auf Friedhöfen und sind den lokalen Behörden noch dankbar, dass man sie nicht verjagt. Sie leben in Lagerschuppen, in Rohbauten und Turnhallen. Sie vegetieren in aufgelassenen Geflügelfarmen und in Viehställen. Für eine Konservendose müssen sie vom frühen morgen bis in die späte Nacht anstehen und sind auch dann nicht sicher, etwas abzubekommen. Die Flüchtlinge sind überzeugt, dass nicht einmal die Hälfte der humanitären Hilfe bei ihnen ankommt.»

Lydia Grafowa beobachtete auch den Grenzverkehr zwi-

INFO-THEK

Quelle: Aus dem Wochenbericht Nr. 21 vom 31. Mai der Bank Julius Bär.
Internet: www.juliusbaer.com

schen Tschetschenien und der Nachbarrepublik Inguschetien: «Nach Tschetschenien hinein fahren Personenkraftwagen, die mit leichtem Flüchtlingsgepäck beladen sind – oder auch Lastwagen, auf deren offenen Ladeflächen zwangsweise zurückgeschaffte Flüchtlinge auf ihren wenigen Habseligkeiten hocken. Aus Tschetschenien heraus kommen Reiseomnibusse, die neue Flüchtlinge und deren Kinder an den Strassensperren absetzen. Doch weitaus häufiger sieht man Militärlastwagen mit heruntergelassenen Zeltplanen einfach durchrasen. Sie haben Plündergut geladen, das im ganzen Kaukasus zu Schleuderpreisen losgeschlagen wird.»

Im ersten Tschetschenienkrieg hatten unabhängige Medien in Russland ein realistisches Kriegsbild gezeichnet. Es hat wesentlich dazu beigetragen, dass Moskau in einen Friedensschluss einwilligen musste. Diesmal zeigt der inzwischen weitgehend gleichgeschaltete öffentlichrechtliche Fernsehsender ORT nur «saubere» Bilder: feuernde Geschütze und Raketenwerfer, die ihre tödlichen Salven ins Unsichtbare schiessen. Es gibt keine Toten – ausser natürlich tote «Banditen» –, keine Flüchtlingstrecks und keine Bombenschäden. Ein «sauberer Krieg» in einem von allen abweichenden Meinungen gesäuberten Staatsfernsehen. So war es denn nur konsequent, dass eine der ersten Amtshandlungen des neu gewählten Präsidenten Putin eine Razzia der Steuerpolizei auf den einzigen noch unabhängigen Privatsender NTW war, der auch im zweiten Tschetschenienfeldzug gewagt hatte, kritische Akzente zu setzen und der Wahrheit näherzukommen.

Mit der ganzen Macht seiner Armee und der Hilfe der unter Militäzensur stehenden Massenmedien sucht Russland ein Gebiet von 19 000 Quadratkilometern zurückzuerobern. Freunde wird es sich dabei unter den Tschetschenen kaum machen. Also wird es Festungen – Garnisonen im Kaukasus bauen, wie Putin bereits angekündigt hat und das Land unter direkte Prä-

sidentialverwaltung stellen. Für deren Unterhalt werden Gelder draufgehen, die für den Wiederaufbau des weitgehend zerstörten Landes benötigt werden. Die Folgen sind leicht abzusehen: noch mehr Arbeitslosigkeit, noch mehr Entführungen, Geiselnahmen und Auftragsmorde. Es sind oft die einzigen Einnahmequellen angesichts des überall grassierenden Elends und der Not, den tragischen Spätfolgen zahlreicher russischer Befriedigungsaktionen im Kaukasus.

Zurückgefallen in eine überwunden geglaubte Geschichte

Russland ist wieder dorthin zurückgekehrt, wo es schon einmal vor zweihundert Jahren stand. Es kann seine Herrschaft über den Kaukasus nur mit Festungen und Bajonetten sichern. Wladikawkas – Beherrsche den Kaukasus – nannten die Zaren die Stadt am Fusse des Elbrus, des höchsten Gipfels im Kaukasus, von der aus sie ihre Eroberungsfeldzüge starteten. Sie heisst heute wieder so. Die muslimischen Tschetschenen versuchten im 18. und 19. Jahrhundert sich gegen die russische Expansion zu behaupten. Der Widerstand endete 1859 mit der Kapitulation, auf die eine starke Emigration nach Armenien folgte. Richtig beherrscht hat Moskau diese Kaukasusregion nur selten. Am stärksten wohl unter Stalin, der kurzerhand die gesamte Bevölkerung in entlegene Steppenregionen verschleppen und die autonome Republik Tschetschenien auflösen liess. Die Republik wurde erst nach Stalins Tod wieder gegründet.

Die alte russische Taktik, die eine nationale Minderheit gegen die andere auszuspielen, um die Unabhängigkeitsbewegungen zu schwächen wendet sich heute gegen Moskau selbst. Russland muss seinen Einsatz immer mehr erhöhen, um die Reste seines einstigen Imperiums zusammenzuhalten. Denn hinter Tschetschenien liegt die erdölreiche Republik Aserbeidschan. Und Moskau will um jeden Preis verhindern, dass das kauka-

sische Erdöl aus dieser traditionell russischen Einflussphäre über Georgien in einen türkischen Mittelmeerhafen fliesst und damit in ein Nato-Land.

Über Moskaus Ziele im Kaukasus hat der aussenpolitische Chefideologe des Kremls Sergej Karaganow den Westen nicht im Unklaren gelassen. Russland gehe es in erster Linie um die Sicherheit der Transportwege für Erdöl und Erdgas nach Westen. In Aserbeidschan und in der Ukraine verfüge der Kreml über den längeren Hebelarm und subtilere Einflussmöglichkeiten als der Westen. Karaganow: «Wenn die USA und Westeuropa einen Konflikt mit Russland haben wollen dann kriegen sie auch kein Öl aus dem Kaspischen Meer. Das bekommen sie nur wenn Russland es kontrolliert.»

Dollardiplomatie gegen rohe Kriegsgewalt

Öl und Erdgas sind die wichtigsten Waffen Moskaus im Kampf um die Wiedererlangung seines Grossmachtstatus. Doch im Grossen Spiel um das Schwarze Gold zieht Moskau immer mehr den Kürzeren. Während es seine Ansprüche auf das kaukasische Öl mit roher Gewalt durchzusetzen versucht, hat Washington die Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres mit den bewährten Mitteln der Dollardiplomatie längst auf seine Seite gezogen.

Bereits 1994 räumte Baku den westlichen Ölgesellschaften im «Vertrag des Jahrhunderts» grundsätzlich das Recht auf die Ausbeutung seiner Ölvorkommen ein. Im November 1999 segnete Präsident Clinton auf einem OSZE-Gipfel in Istanbul persönlich den Vertrag über den Bau einer 1770 Kilometer langen Umgehungsleitung von Baku in den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan ab und schlug damit Moskau endgültig die Ölwanne aus der Hand, mit der es bis dahin sein Energie-transportmonopol verteidigt hatte.

Moskaus Antwort war die Eskalation im zweiten Tschetscheni-

enkrieg. Zerlumpt, halb verhungert und ohne ausreichende medizinische Versorgung verheizen Russlands Generäle ihre Jugend in einem Krieg, den Russland nie gewinnen kann und längst verloren hat. Es hat nicht an Stimmen gefehlt, der Kriegspartei im Kreml die unausweichlichen Konsequenzen einer Gewaltpolitik im nachkolonialen Zeitalter vor Augen zu führen.

«Jeder Versuch, den Überbleibseln des russischen Imperiums mit Gewalt festzuhalten», urteilte der israelische Politologe Shlomo Avineri, «trägt dazu bei, autoritäre, nationalistische und militaristische Strukturen in Russland aufzubauen oder neu zu beleben. Wenn Russland gewaltsam an seinem imperialen Besitz festhält, wird genau dies die Region destabilisieren. Es wird noch mehr ethnische Gruppen im Kaukasus von Russland entfremden. Es wird Russlands Beziehungen zu den muslimischen Nationen verderben. Und es wird ein zunehmend autoritäres Russland in hässliche Kriege verwickeln, die ohne noch grössere Brutalität nicht zu gewinnen sind.»

NACHRICHTEN

Waffenlager der UCK

-r. Wie die «Welt am Sonntag» berichtet, wurden in der Region Drenica, Hochburg der offiziell entwaffneten Kosovo-Befreiungsarmee UCK Waffenlager in vier Bunkern und ein militärischer Übungsplatz entdeckt. Nach Einschätzung der KFOR wurden beide Anlagen noch bis vor kurzem genutzt. Für die KFOR ist dies der grösste Waffenfund seit ihrer Ankunft in der Provinz.

Zweifel an Raketenabwehr

-r. Ein interner Bericht des US-Kongresses zweifelt das von der amerikanischen Regierung geplante Raketenabwehrsystem an. Es sei nicht sicher, ob das Programm im Falle eines Angriffs überhaupt funktioniere.

VORSCHUSSMANDATE

In einer Einfachen Anfrage wollte Nationalrätin Jacqueline Fehr die Konsequenzen aus dem Fall Bellasi erfahren. Über das Thema Vorschussmandate antwortet der Bundesrat: «Ein minimaler Bargeldverkehr ist in vielen Bereichen der Bundesverwaltung praktisch unverzichtbar. Die Dienststellen sind indessen gehalten den Barverkehr auf das Unerlässliche zu beschränken. Etwa die Hälfte der Bundesämter verfügt heute über ein Post- oder Bankakkreditiv, worüber in einem begrenzten Umfang Barmittel abgehoben werden können. Die Bezugslimiten bewegen sich in der Regel zwischen einigen Tausend und einigen Zehntausend Franken pro Monat. Die Höchstgrenzen werden nur gelegentlich ausgeschöpft. Die monatlichen Limiten sind sowohl für den Akkreditivinhaber wie für die Zahlstelle verbindlich. Für Barabhebungen ist wie im übrigen Zahlungsverkehr Kollektivunterschrift erforderlich. Der gesamte Barverkehr muss laufend im Kassensbuch der Rechnungsführer eingetragen werden. Die Dienststellen haben zudem ihr Akkreditivkonto mindestens monatlich einmal auf dem Anweisungswege zu Lasten der entsprechenden Ausgabenrubriken beziehungsweise Bestandesrechnungskonten auszugleichen.

In VBS, Armee und Zivilschutz wurde der Gebrauch von Vorschussmandaten bereits eingeschränkt. Im militärischen Bereich herrscht überall dort bargeldloser Zahlungsverkehr wo laufende Buchhaltungen geführt werden: in den Bundesämtern und Untergruppen, in den Armeestabteilen und in den Stäben der Grossen Verbände. In den Truppenkörpern und Einheiten sowie in den Schulen kann dagegen auf Bargeldverkehr nicht völlig verzichtet werden (unter anderem für die Bezahlung des Soldes). Die Rechnungsführerausweise, die zum Einlösen von Vorschussmandaten berechtigen, werden jedoch neuerdings befristet.

Beim Zivilschutz wird in allen Kursen des Bundesamtes für Zivilschutz der Zahlungsverkehr bargeldlos abgewickelt. In den Zivilschutzkursen der Kantone und Gemeinden ist Bargeldverkehr dagegen nach wie vor verbreitet und aus Gründen der administrativen Einfachheit auch sinnvoll.

Im Bereich des Flüchtlingswesens beläuft sich der Bargeldbezug auf einige zehntausend Franken pro Jahr. Der Verwendungszweck dieser Mittel ist weitgehend auf Vorschüsse für Auslandsreisen und auf Zehrgelder bei Rückführungen beschränkt. Die Empfangsstellen des Bundes haben keine Berechtigung zum Bargeldbezug.»

GEGEN BEFREIUNG VOM MILITÄRPFLICHTERSATZ

-r. Wie das Sekretariat der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates mitteilt beantragt die SiK-N mit 18 Stimmen und einer Enthaltung der parlamentarischen Initiative Zisyadis keine Folge zu geben. Gemäss dieser Initiative sollen die dienstuntauglichen Personen vom Militärpflichtersatz befreit werden. Dadurch soll erstens die Situation der Behinderten verbessert und zweitens den als dienstuntauglich erklärten Personen ermöglicht werden zwischen Militärflichtersatz und der Leistung eines gleichwertigen nationalen Dienstes an der Allgemeinheit zu wählen.

Die Kommission ist der Meinung, dass die erste Forderung mit der Revision des Bundesgesetzes über den Militärflichtersatz von 1994 bereits weitgehend erfüllt wurde. Die zweite Forderung (Wahlmöglichkeit), die eine Änderung des Verfassungsprinzips (Art. 59 Abs. 3) bedingen würde, ist in den Augen der Kommission nicht sinnvoll. Sie lehnte mit 14 zu 7 Stimmen einen Antrag ab die Initiative in ein entsprechendes Postulat umzuwandeln.

Die Armee fährt drogenfrei

Die Militärische Unfallverhütungskommission (MUVK) hat dem Drogenkonsum durch militärische Motorfahrzeugführer seit längerer Zeit den Kampf angesagt. Ab 1. Juli muss jeder Motorfahrzeugführer vor Dienstbeginn eine Erklärung unterschreiben mit welcher er die Kenntnisnahme der Vorschriften bestätigt. Hält ein Fahrer das Drogenverbot wiederholt nicht ein so kann ihm der militärische Führerausweis entzogen werden.

VON BEAT BRÄNDLI

Drogen und Alkohol am Steuer sind keine Privatsache des Fahrzeugführers. Der Angehörige der Armee kann sich seine Fahrer nicht aussuchen. Der Mitfahrer muss sich deshalb auf die absolute Fahrtüchtigkeit jedes Fahrzeugführers verlassen können. Der Drogenkonsum in der Armee widerspiegelt die Situation in der Gesellschaft: Fast ein Drittel der Rekruten konsumiert in unterschiedlichem Ausmass weiche Drogen.

Trotz der Tendenzen zur Legalisierung von «weichen» Drogen bleibt eine Tatsache: Drogenkonsum und Strassenverkehr vertragen sich nicht. Es ist medizinisch erwiesen, dass nach dem Genuss von Haschisch, Marihuana oder anderen Cannabisprodukten die Reaktionsfähigkeit stark eingeschränkt wird. Verschiedene Schadenfälle im Strassenverkehr können einen direkten oder indirekten Zusammenhang mit Drogenkonsum haben.

«I drive without drugs»

Ab 1. Juli hat jeder Motorfahrzeugführer in der Armee bei Dienstbeginn eine Erklärung zu unterschreiben, mit welcher er die Kenntnisnahme des Drogenverbotes und die Konsequenzen bei dessen Nichtein-

halten bestätigt. Diese Neuheit ist in einer Weisung des Chefs Heer Korpskommandant Jacques Dousse enthalten. Die Motorfahrzeuge können an der Windschutzscheibe mit einem Schild «I drive without drugs» und dem Namen des Motorfahrzeugführers versehen werden.

Vorerst befristet bis 2002

Die Überwachung der Drogenabstinenz erfolgt durch die Kader und die militärischen Polizeidienste. Drogenkonsum sowie ein entsprechender Verdacht dafür wird dem Kommandanten gemeldet. Bei Drogenkonsum oder begründetem Verdacht dazu zieht der Kommandant den zivilen Untersuchungsrichter bei. Dieser kann eine Blut- oder Urinprobe anordnen. Die Aktion ist vorerst befristet bis 31. Dezember 2002.

Bei einem positiven Testresultat ...

Bei Widersetzung gegen die Massnahmen oder bei einem positiven Testresultat wird dem Fahrer während drei Wochen ein Fahrverbot auferlegt. Im Wiederholungsfall kann der Kommandant den Entzug des militärischen Führerausweises beantragen. Wer die Erklärung nicht unterzeichnet wird nicht als militärischer Motorfahrzeugführer eingesetzt.

VIER WAFFENPLÄTZE WECHSELN DIE HAND

m.b. Auf den 1. Juli gingen die Waffenplätze St. Maurice, Andermatt, Airolo und Mels vom Festungswachtkorps (FWK) in die Verantwortung des Bundesamtes für Betriebe des Heeres (BABHE) über.

Voraussichtlich rund 80 Mitarbeitende des FWK sind von dieser Personalverschiebung betroffen; 28 in Andermatt, 15 in Airolo, 10 in Mels und 20 in St. Maurice.

INFO-THEK

Internet:
VBS-Medieninformationen sind auch über
Internet abrufbar:
www.vbs.admin.ch

KURZ-NACHRICHTEN

Aufklärungsdrohnen werden umgerüstet

m.n./-r. Die Frequenzen der Aufklärungsdrohnen 95 der Schweizer Armee müssen mit der Einführung des künftigen europäischen Mobiltelefon-Netzes abgeändert werden. Es wird mit Entwicklungskosten in der Höhe von rund 25 Millionen Franken und Beschaffungskosten von 40 bis 50 Millionen Franken gerechnet. Ein erstes Drohnensystem hatte das VBS im Jahr 1990 in Betrieb genommen. Die Beschaffung der heutigen vier Systeme erfolgte ab 1995. Die gültigen technischen Leistungsdaten von technischen Leistungsdaten von der dritten Generation der Mobiltelefone (UMTS) lagen erst Mitte 1997 vor als die Produktion der Drohnen schon weit fortgeschritten war.

Militärische Immobilien-botschaft 2001

h.k./-r. Sie umfasst Vorhaben und Rahmenkredite für insgesamt 373,1 Millionen Franken. Davon entfallen 214,4 Millionen auf Sanierungen sowie auf Neu- und Umbauten. Für den Immobilienunterhalt und die Liquidationen sind total 152 Millionen eingeplant. Den grössten Kredit beansprucht mit 23,22 Millionen Franken die Sanierung und der Ausbau der Kaserne in Liestal.

Aufräumungsarbeiten auch durch Traintruppen

-r. Gemäss Kreisschreiben des Chefs VBS über den subsidiären Einsatz der Armee zur Bewältigung der Waldschäden nach dem Sturm «Lothar» zu Gunsten der Kantone werden die Betroffenen auf Gesuch hin und subsidiär mit Material, Freistellung einzelner AdA, Truppen und Lufttransporte unterstützt.

Nebst Genie- und Rettungstruppen wurden im April und Mai auch Trainformationen (Tr Abt 12, Tr Kol III/17) wirksam eingesetzt. Weitere Trainformationen werden bei Bedarf auch im Juni (Tr Abt 10 [-II/10]) und im November (Tr Kol III/29) für Aufräumarbeiten zur Verfügung gestellt.

Ziel: Eine «Militär-Ausgleichskasse» schaffen

Nach wie vor entspricht der Sozialdienst der Armee (früher Zentralstelle für Soldatenfürsorge) einem echten Bedürfnis: In den letzten Jahren haben um die 5000 Angehörige der Armee (AdA) den SDA beansprucht, wie der Chef Sozialdienst der Armee (C SDA) Peter Hänggi in seinem soeben veröffentlichten Jahresbericht 1999 festhält.

VON MEINRAD A. SCHULER

Vorweg: Der Sozialdienst der Armee (SDA) hat eine fast 100-jährige Tradition. In der Zwischenzeit wurde diese Institution den aktuellen Bedürfnissen angepasst. Dazu Peter Hänggi: «Insbesondere die Reorganisation von 1996 war sehr radikal indem der SDA organisatorisch von der Schweizerischen Nationalspende für unsere Soldaten und ihre Familien (SNS) getrennt wurde. Dadurch wurde eine klare Aufgabenteilung und Kompetenzregelung vollzogen, welche sich in den letzten drei Jahren in jeder Hinsicht bewährt hat.» Nichts geändert hat sich am Grundauftrag AdA, welche durch eine Militärdienstleistung in Schwierigkeiten geraten sowie Militärpatienten oder deren Hinterbliebenen zu helfen. Die Mittel für die AdA können dank zirka 30 Stiftungen, die auf diesem Gebiet tätig sind, ohne Steuergelder bereitgestellt werden.

5000 Kontakte

Wie dem Jahresbericht entnommen werden kann waren es gegen 5000 AdA, welche sich dem SDA mit grossen oder kleinen Anliegen anvertraut haben. Bei etwa 2000 Fällen wurden die AdA nebst Beratung auch finanziell unterstützt. Dafür wurden über 2,6 Millionen Franken aufgewendet.

Ein Hauptproblem – Nichtvermittlungsfähigkeit

«Diese Lücke im Arbeitslosengesetz ist in den letzten zwei Jahren zu einem zunehmenden Problem in unserer Beratungstätigkeit geworden», hält Peter Hänggi fest und fügt hinzu: «Es ist nicht in Ordnung, dass Leute wegen eines bevorstehenden Militärdienstes als nicht vermittelbar erklärt werden und dadurch

vom Bezug einer Arbeitslosenentschädigung ausgeschlossen sind.» Die SDA kämpfe aber dafür, dass diese Lücke auf dem Gesetzesweg geschlossen werde. «Doch bis es soweit ist, werden wir den davon betroffenen AdA helfen», betont der Chef Sozialdienste der Armee.

Zudem unterstütze der SDA hauptsächlich mit Mietzinsbeiträgen und Überbrückungszuschüssen sowie Studienbeiträgen, Übernahme der Krankenkassenprämien und so weiter. Ganz abgesehen von den wirklich tragischen Fällen – welche glücklicherweise nicht sehr häufig seien dafür aber meist sehr komplex.

95 Prozent sind mit dem SDA sehr zufrieden

Am Ende der Frühjahrsrekrutenschulen wurde eine grosse Umfrage gestartet um allfällige Schwächen des SDA zu erkennen. Von über 1200 befragten Klienten hätten immerhin 400 geantwortet. Die Auswertungen hätten aufgezeigt, dass die Beratungen in den RS noch früher, das heisst in den ersten vier Wochen, gewünscht würden. Insgesamt äusserten sich über 95 Prozent sehr zufrieden mit der Tätigkeit des SDA.

Eine «Militär-Ausgleichskasse»

Der Chef Sozialbereiche Arthur Tschachtli weist auf die Probleme hin, die es vermehrt durch verzögerte Auszahlungen der EO-Gelder gibt. «Der Ablauf vom Ausfüllen der Meldekarte bis zur Auszahlung des Geldes ist zu lang (AdA – Arbeitgeber – Ausgleichskasse) und vor allem für Militärdienstleistende, die in keinem Anstellungsverhältnis stehen zu kompliziert. Unser Ziel ist eine «Militär-Ausgleichskasse», welche die AdA entschädigt und mit

KENNZAHLEN ZUM SDA

- 10 Mitarbeitende in Bern und Lausanne
- 25 Milizmitarbeiter (Fürsorgedienst AdA) mit besoldeten Einzeltagen
- 5000 Beratungs- und Unterstützungsfälle
- 150 Militärpatienten oder Hinterbliebene mit Betreuung respektive finanzieller Unterstützung
- 3,2 Millionen Franken Zuwendungen im 1999

den übrigen 116 Ausgleichskassen abrechnet». Es werde versucht dieses Anliegen bei der Realisierung «Armee XXI» einzubringen.

«Soziale Differenzen angleichen»

Diese Ausgabenphilosophie und zugleich Jahresziel konnte nach den Worten von Arthur Tschachtli erreicht werden. Die zunehmenden Fälle von «Nichtvermittlungsfähigkeit» seien gelöst worden. Schliesslich erhalten AdA (inklusive angehende Kader) die arbeitslos sind je nach Kanton bis zu drei Monaten vor dem Dienst keine Arbeitslosengelder. «Mit unserer Unterstützung können diese AdA den notwendigen Lebensbedarf sicher stellen und müssen nicht wegen eines ungerechten Gesetzesartikels auf die Weiterausbildung verzichten» unterstreicht der Chef Sozialbereiche.

3,1 Millionen Franken ausgegeben

Die Rechnung 1999 schloss mit Aufwendungen von 3,088 Millionen Franken ab. Die RS-Unterstützungen beliefen sich auf rund 2,5 Millionen Franken; Kurse Unterstützung (WK) auf 163 000 Franken; Militärpatienten (MP)

Fortsetzung auf Seite 10

INFO-THEK

0800 855 844

Das ist die Gratis-Telefonnummer des Sozialdienstes der Armee (SDA).